

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Ranjer, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eward Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Röllischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Feilzettel oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitsermittlungen 80 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

### Lohnbewegungen und Teuerungszulagen in der Holzindustrie.

Bei Ausbruch des Krieges wurden alle schwebenden Streiks aufgehoben. Diese Maßnahme wurde überall als selbstverständlich aufgenommen. Auch in der Folgezeit gestalteten sich die Verhältnisse, zumal in der Holzindustrie, so, daß im allgemeinen von Lohnbewegungen keine Rede sein konnte. Nicht, daß unsere Kollegen kein Bedürfnis empfunden hätten, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Aber die Geschäftslage in der Holzindustrie war außerordentlich traurig. Im Gegensatz zu manchen anderen Berufszweigen, denen der Krieg Hochkonjunktur gebracht hatte, herrschte in der Holzindustrie, abgesehen von wenigen Zweigen, die aber nach der Zahl ihrer Angehörigen nur wenig ins Gewicht fallen, große Arbeitslosigkeit.

Während sich die Verhältnisse, die Arbeitslosenziffer ging zurück, und in den letzten Monaten des Jahres 1915 war das Verhältnis der Arbeitslosen zu der Gesamtzahl der Mitglieder günstig, günstiger sogar als in früheren Jahren mit normalem Geschäftsgang. Während Ende 1914 noch 17,95 Prozent der Verbandsmitglieder arbeitslos waren, ging die Arbeitslosigkeit Ende 1915 auf 2,80 Prozent herab. Diese Ziffern müssen allerdings mit einem Kördchen Salz genossen werden. Der ziffernmäßige Rückgang der Arbeitslosigkeit ist vornehmlich auf die starken Einberufungen zum Heeresdienst zurückzuführen. Dadurch ist an manchen Stellen sogar ein tatsächlicher Mangel an Arbeitern eingetreten.

Aber auch der Geschäftsgang im Holzgewerbe hat sich belebt. Man darf natürlich keine Vergleiche mit normalen Zeiten ziehen, aber im Laufe der Zeit gab es auch für die Tischlerei, dem ausschlaggebenden Zweig des Holzgewerbes, Aufträge für den Heeresbedarf. Wo es gelang, solche Aufträge aus erster Hand zu erlangen, wurden auch angemessene Preise erzielt. Mitunter, zumal dort, wo die Organisationen der Arbeitgeber nicht auf dem Posten waren, haben allerdings Zwischenunternehmer den besten Rahm abgehohlet. Es blieb aber nicht bei den Heeresaufträgen, auch die Arbeit für den privaten Bedarf kam langsam in Fluß. Im ganzen genommen, läßt zwar der Beschäftigungsgrad in der Holzindustrie noch recht viel zu wünschen übrig, aber es läßt sich nicht bestreiten, daß die Verhältnisse sich während der Dauer des Krieges bedeutend gebessert haben.

In dieser Besserung der Verhältnisse haben leider die Arbeiter des Holzgewerbes nur in sehr geringem Maße Anteil gehabt. Ihre wirtschaftliche Lage hat sich im Laufe des Krieges ganz bedeutend verschlechtert. Die Löhne sind den ganz ungeheuer gestiegenen Preisen für die Lebensbedürfnisse nur in sehr unzureichendem Maße gefolgt; vielfach sind sie überhaupt nicht erhöht worden, ja, es hat nicht an Versuchen gefehlt, die nicht immer erfolglos waren, trotz der Teuerung die Löhne noch herunter zu drücken.

Die Preise der Lebensmittel sind schon vor dem Kriege fortgesetzt gestiegen, und die Klagen über die „bewährte Wirtschaftspolitik“, die uns die Lebensbedürfnisse verteuert, waren durchaus berechtigt. Wenn wir aber die heutigen Preise mit denen vor dem Kriege vergleichen, dann saßt uns die Sehnsucht nach der Wiederkehr jener Zeit, wo alles, verglichen mit den jetzigen Verhältnissen, so märchenhaft billig war.

Einen Maßstab für den Grad der Teuerung liefern uns die monatlichen Uebersichten über die Lebensmittelpreise, die im wirtschaftsstatistischen Bureau von Richard Calwer aufgestellt werden. Calwer legt seinen Berechnungen die Taxestation des deutschen Marinefeldaten zugrunde und nimmt als Bedarf einer Familie das Dreifache einer solchen Ration an. In jedem Monat stellt er die Kleinhandelspreise in etwa 200 Städten in allen Teilen des Reiches fest und berechnet hiernach die Kosten, die eine Familie wöchentlich für den Nahrungsmittelbedarf aufwenden muß. Gegen diese Berechnung ist eingewendet worden, daß die Mengen einzelner Nahrungsmittel zu hoch gegriffen seien. Diesen Einwand kann man unbeachtet lassen, wenn man sich darauf beschränkt, die errechneten Zahlen miteinander zu vergleichen. Da die Berechnung stets nach der gleichen Methode erfolgt, sind die Zahlen vergleichbar, und darin liegt der Hauptwert dieser Statistik.

Aus den Preisen für die einzelnen Orte läßt sich ein Durchschnittspreis für das ganze Reich berechnen, und aus den Ergebnissen für die einzelnen Monate gewinnt man einen Durchschnittspreis für das ganze Jahr. Hiernach bezug der durchschnittliche wöchentliche Nahrungsmittelaufwand in den erfaßten circa 200 Städten in Mark:

1911:	1912:	1913:	1914:	1915:
24,18	25,80	25,89	25,97	36,65

Die Zahlen steigen also fortgesetzt. Vergleicht man den durchschnittlichen Nahrungsmittelaufwand im Jahre 1913 mit dem im Jahre 1915, dann ergibt sich eine Steigerung von 42,7 Prozent. Dieses Bild ist aber noch nicht vollkommen, denn die Zahlen ändern sich von Monat zu Monat. Im Juli 1914, also unmittelbar vor Kriegsbeginn, betrug der durchschnittliche Nahrungsmittelaufwand 25,12 Mk.; im

Dezember 1915 aber 30,33 Mk. Das ist eine Steigerung um 14,21 Mk. oder um 56,8 Prozent. Bekanntlich sind die Preise seither noch ganz bedeutend gestiegen. Um die Lebenshaltung der Arbeiter auf der gleichen Höhe zu halten wie vor dem Kriege, hätten somit die Löhne um mindestens 60 Prozent steigen müssen. Eine solche Steigerung ist in der gesamten deutschen Holzindustrie wohl nirgends eingetreten, und wir sind berechtigt, zu sagen, daß die Holzarbeiter viel zu niedrig entlohnt werden.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat, soweit es unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich war, auch während der Kriegsdauer sich bemüht, für eine Besserung der Lebenslage der Berufsangehörigen zu wirken. Wenn die Erfolge unserer Wünsche nicht entsprechen, so trägt daran nicht der Verband die Schuld, sondern es liegt an den gekennzeichneten Verhältnissen. Im Laufe des Jahres 1915 fanden, wie aus einer vom Verbandsvorstand veranstalteten vorläufigen Zusammenstellung ersichtlich ist, 202 Lohnbewegungen statt, an denen 17.240 Personen beteiligt waren. Ueber die Art der Lohnbewegungen und die Zahl der Beteiligten unterrichtet die folgende Zusammenstellung:

	Beteiligte:		
	männliche	weibliche	zusammen
4 Angriffstreiks . . . . .	79	121	200
2 Abwehrtreiks . . . . .	33	—	33
4 Aussperrungen . . . . .	95	83	178
187 Angriffe ohne Streik . . . . .	15.889	633	16.522
5 Abwehr „ „ . . . . .	287	20	307
202 Insgesamt	16.383	857	17.240

In dieser Zusammenstellung ist besonders interessant, daß in sieben Fällen sogar Versuche der Unternehmer, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, abgewehrt werden mußten, in zwei Fällen mußte gar zur Arbeitseinstellung geschritten werden, um diese Absicht zu verhindern. Eine schöne Illustration zu dem vielgerühmten Burgfrieden sind die vier Aussperrungen, bei welchen in der Hauptsache die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen die treibende Kraft war, wenn auch diese Absicht im wesentlichen nicht durchgeführt werden konnte. In einem Falle war sogar der sehr burgfriedliche Versuch, die Arbeiter zum Austritt aus ihrer Organisation zu zwingen, der Zweck der Aussperrung. Die große Mehrzahl der Bewegungen waren Angriffsbewegungen ohne Streik, bei denen es sich in der Hauptsache darum handelte, eine bescheidene Teuerungszulage zu erzielen. In vier Fällen mußte zu diesem Zweck die Arbeit eingestellt werden.

Betrachten wir die durch die Lohnbewegungen erzielten Erfolge, dann fällt es auf, daß im Gegensatz zu früheren Jahren, wo wir den Hauptnachdruck auf die Arbeitszeitverkürzung legten, diesmal auf diesem Gebiete nur ein sehr geringer Erfolg erzielt wurde. Für 870 Personen wurde ohne Streik eine Verkürzung der Arbeitszeit um zusammen 526 Stunden oder um durchschnittlich 0,6 Stunden pro Woche erzielt. Ansehnlicher ist das Ergebnis hinsichtlich der Lohnerhöhung, wie die folgende Zusammenstellung zeigt:

	Für Personen	Zusammen Mk.	Pro Woche durchschnittl. Mk.
Angriffstreiks . . . . .	230	940	4,09
Abwehrtreiks . . . . .	—	—	—
Aussperrungen . . . . .	—	—	—
Angriffe ohne Streik . . . . .	14.594	36.519	2,50
Abwehr „ „ . . . . .	72	72	1,—
Insgesamt	14.896	37.531	2,52

Erwähnt sei noch, daß in 19 Fällen beim Abschluß der Bewegung ein Tarifvertrag vereinbart wurde, und außerdem wurden ein Bezirksvertrag für die Tischler in Ostpreußen und zwei Reichstafeln für die Korbmacher abgeschlossen.

In Lohnerhöhungen ist somit für 14.896 Personen durchschnittlich 2,52 Mk. pro Woche erzielt worden. Im Hinblick auf die ungeheure Verteuerung der Lebensmittel ein sehr wenig befriedigendes Ergebnis. Bei den Verhandlungen der Zentralvorstände am 12. Oktober vorigen Jahres ist eine Resolution beschlossene worden, in welcher das Verlangen der Arbeiter nach Teuerungszulagen im allgemeinen für berechtigt erklärt und den örtlichen Parteien empfohlen wird, derartigen Wünschen der Arbeiter unter gerechter Würdigung der bestehenden Lage in den einzelnen Betrieben nach Möglichkeit entgegenzukommen. Das war eine sehr zurückhaltende Empfehlung von Teuerungszulagen. Aber verschiedenen Bezirksvertretern des Arbeitgeber-Schutzverbandes ging auch das schon zu weit. Statt die Gewährung von Teuerungszulagen in lokaler Weise zu fördern, haben sie sich bemüht, in entgegengekehrtem Sinne zu wirken und die Bewilligung von Teuerungszulagen zu hintertreiben. Das ist ein Beginnen, das noch schlimme Früchte zeitigen wird.

Der Widerstand, den die Unternehmer des Holzgewerbes der Bewilligung von Teuerungszulagen entgegensetzen, ist um so verwerflicher, als in anderen Berufen die Unternehmer den Wünschen der Arbeiter ein weit größeres Entgegenkommen zeigen. Im Malergewerbe ist der Tarifvertrag verlängert worden unter gleichzeitiger Erhöhung der Tariflöhne um 5 bis 6 Pf. pro Stunde. Im Baugewerbe haben die Unternehmer eine gleiche Lohnerhöhung geboten, die aber von den Arbeitern als unzureichend abgelehnt wurde. Die Tarifverhandlungen in diesen Gewerben können nicht ohne weiteres mit den entsprechenden Verhandlungen in der Holzindustrie verglichen werden. Wir wollen die Verhältnisse in den einzelnen Gewerben nicht näher erörtern, die es erklären, daß dort bei den Verhandlungen über die Verlängerung der Verträge der Zuschlag zum Vertragslohn im Vordergrund des Interesses stand, während im Holzgewerbe die Verträge durch Verzicht auf die Kündigung stillschweigend verlängert wurden, ohne daß eine formelle Vereinbarung darüber zustande kam. Aber das darf ausgesprochen werden, daß die den Malern gewährte Lohnzulage das mindeste ist, was in dieser Hinsicht geleistet werden mußte, und daß wir es sehr gut verstehen, daß die Bauarbeiter sich mit einer solchen Zulage nicht zufrieden gegeben haben.

So wie die Dinge liegen, können die Holzarbeiter zurzeit keine Milderung der Verträge durch Einsetzung höherer Löhne verlangen. Was wir aber verlangen können, was wir fordern und soweit als möglich auch durchdrücken müssen, ist eine den Teuerungszulagen entsprechende Erhöhung der Löhne. Wir verkennen keineswegs, daß sich viele Unternehmer des Holzgewerbes in einer schwierigen Lage befinden. Aber so liegen die Dinge doch nicht, daß man sagen könnte, die Unternehmer des Holzgewerbes hätten ihre Schuldigkeit getan, wenn sie im Laufe des Jahres 1915 an 14.896 Arbeiter eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 2,52 Mk. pro Woche gewährt haben. Um einen Ausgleich für die Verteuerung der Lebensmittel herbeizuführen, müßten die Löhne allgemein um etwa zwei Drittel erhöht werden. Aber soweit gehen unsere Wünsche gar nicht, wir werden uns mit bescheideneren Zulagen abfinden, aber es ist Zeit, daß wir den ersten Willen der Unternehmer sehen.

Es geht nicht länger an, daß wir bescheiden warten, ob sich etwa der gute Wille des Unternehmers doch noch in die Tat umsetzt. Die Not zwingt uns, deutlicher zu werden und energischer darauf zu bringen, daß dem Verlangen nach Teuerungszulagen entsprochen werde. Unser Verband hat unter dem Einfluß des Krieges gelitten, aber er ist nicht so geschwächt, daß er seinen Mitgliedern in dem Streben nach Teuerungszulagen seine Hilfe verweigern müßte. Sammeln wir unsere Kräfte, stärken wir unsere Reihen! Vor allem aber mögen die Kollegen den festen Willen zeigen, dann werden auch die Unternehmer dem Verlangen nach Teuerungszulagen das nötige Verständnis entgegenbringen.

### Zur Lage der Musikinstrumentenindustrie im Gau Leipzig.

Die Musikinstrumentenindustrie, welche im Gau Leipzig eine bedeutende Stelle einnimmt, gehört zu jenen Industrien, die durch den gegenwärtigen Krieg besonders stark in Mitleidenenschaft gezogen werden. Alle Branchen dieser Industrie sind vertreten, es werden alle erdenklichen, die einfachsten sowie die kompliziertesten, selbstspielenden Instrumente hergestellt und auf den Weltmarkt gebracht.

Die gesamte Industrie ist demnach vom Export abhängig. Dieser wurde durch den Krieg sehr erschwert, zum großen Teil ganz unmöglich gemacht. Zu Beginn des Krieges wurden fast alle Betriebe geschlossen; erst Mitte des Vorjahres ist die Produktion in sehr beschränktem Umfange wieder aufgenommen worden, und bis heute hat sie nur eine geringe Steigerung erfahren. Das gilt jedoch nur für die Klavierindustrie. Die Musikinstrumentenarbeiter aller Branchen hatten demnach unter der Arbeitslosigkeit besonders stark zu leiden und waren gezwungen, in anderen Branchen Beschäftigung zu suchen. Die Arbeitslosigkeit trat um so schärfer hervor, als Heereslieferungen nicht zu erlangen waren. Es haben selbst die meisten Großbetriebe in Eilenburg, Leipzig, Zeitz, Cera, Eisenberg, Altenburg usw. Heereslieferungen nicht erhalten können. Das trifft im allgemeinen auch auf das gesamte Holzgewerbe im Gau Leipzig zu. Es mag hier unerörtert bleiben, welche Ursachen hierfür zugrunde lagen, jedenfalls haben die Arbeiter nicht verstehen können, daß selbst moderne Großbetriebe Heeresaufträge nicht erhalten konnten.

Auf eine merkwürdige Belegung des Geschäftsganges in der Musikinstrumentenindustrie dürfte während des Krieges kaum zu rechnen sein, und zwar spricht hierfür die Beschlagnahme des benötigten Metalls und der Erlaß des Ausführverbotes für Musikinstrumente. Die zeitweilige Aufhebung des Ausführverbotes Ende des vorigen Jahres hat zur Belegung des Geschäftsganges wesentlich beigetragen, es ist nur zu wünschen, daß die Reichsregierung nach dieser Richtung erneut Erleichterungen gewährt. Die Beschlagnahme

der Metalle ist ein weiterer Grund zur erheblichen Einschränkung der Produktion, jedoch werden hiervon nicht alle Branchen gleich stark in Mitleidenschaft gezogen. Ob diese Kriegsmassnahme in Zukunft eine Milderung erfahren kann, können wir nicht beurteilen, glauben aber erwarten zu dürfen, daß die in Betracht kommenden Militärbehörden auch in dieser Frage das weiteste Entgegenkommen zeigen werden.

In der Mund- und Ziehharmonika- sowie der Geigenindustrie in den Bezirken Klingenthal und Morlenerkirchen im sächsischen oberen Vogtland treten die Wirkungen des Krieges und der damit verknüpften Maßnahmen scharfer in Erscheinung als z. B. in der Klavierbranche, soweit hierbei die Arbeiterschaft in Betracht kommt. Diese Industrie hat sich im Laufe von Jahrzehnten einen Weltmarkt erworben und bildet das Zentrum in der Fabrikation von Harmonikas und Streichinstrumenten aller Art in Deutschland. Im gesamten Bezirk sind schätzungsweise mindestens 10 000 erwachsene Personen beschäftigt. Die Ausfuhr von Instrumenten ist ganz bedeutend. Im Jahre 1913 betrug die Ausfuhr von Geigen und sonstigen Streichinstrumenten über 5 Millionen Mark. Die Ausfuhr von Harmonikas dürfte diese Summe bedeutend übersteigen. Nach einer veröffentlichten Schätzung vor zwei Jahren werden im Klingenthaler Bezirk jährlich 2 Millionen Zugharmonikas und 20 bis 25 Millionen Mundharmonikas fabriziert. Daraus ist zu ersehen, welche Bedeutung diese Industrie auf dem Weltmarkt einnimmt. Leider beruht sie in der Hauptsache immer noch auf der Heimarbeit. Frauen und Kinder sind in der Heimindustrie beschäftigt und gezwungen, zum Lebensunterhalt mit beizutragen.

Diese Struktur der dortigen Industrie hat bereits in normalen Zeiten die Lohn- und Arbeitsbedingungen in hohem Maße ungünstig beeinflusst, so daß es nur zu erklärlich ist, wenn unter den Wirkungen des Krieges sich die Lage der arbeitenden Bevölkerung geradezu trostlos gestaltet hat. Wohl sind ebenfalls Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen abgewandert und haben in anderen Industrien Beschäftigung gefunden. Aber immer noch sind ein großer Teil Arbeiter und Arbeiterinnen arbeitslos.

In Klingenthal ist festgestellt worden, daß etwa 1000 Personen arbeitslos sind bzw. nur tageweis etwas Beschäftigung finden können. In den übrigen in Frage kommenden Gemeinden liegen die Verhältnisse ähnlich. In Brunnöbbera war erst neulich ein Fabrikant gezwungen, der Gemeindeverwaltung mitzuteilen, daß er seinen Betrieb schließen und seine Arbeiter der Gemeinde zur Verfügung stellen müsse. Die zeitweilige Aufhebung des Ausfuhrverbotes ließ die Hoffnung auf Besserung der Verdienstmöglichkeit als berechtigt erscheinen, jedoch hat sich diese Hoffnung durch die Wiederinbetriebnahme des Ausfuhrverbotes nicht erfüllt. Die Arbeitslosigkeit hat wieder zugenommen. Die Verdienstmöglichkeit der Heimarbeiter und -arbeiterinnen ist zum Teil ganz ausgefallen, zum Teil ist der Verdienst so gering, daß von einem Existenzminimum nicht gesprochen werden kann. Es steht ohne allen Zweifel, daß die mißliche Lage der dortigen Musikinstrumentenindustrie, welche seit Kriegsbeginn besteht, viele Familien in eine bittere Notlage gebracht hat. Diese Notlage wird um so schwerer empfunden, als die sonst übliche Mitarbeit der Frauen und Kinder zum Teil im Wegfall kommt.

Nach eingehender Aussprache mit den dortigen Arbeitgebern ist auf eine Belebung des Geschäftsganges während des Krieges nicht zu rechnen. Wohl seien genügende Aufträge aus dem In- und Auslande vorhanden, doch können diese nur in beschränktem Maße ausgeführt werden, indem ihnen das benötigte Material nicht zur Verfügung gestellt werden könnte. Auf eine Milderung der Notlage durch bessere Beschäftigungsmöglichkeit ist daher während des Krieges nicht zu rechnen.

Trotzdem die hier geschilderten Verhältnisse schon seit Kriegsausbruch bestehen, hat sich noch keine Gemeinde entschlossen, eine geregelte Erwerbslosenunterstützung nach den Richtlinien der sächsischen Regierungsverordnung einzuführen. Die diesbezüglichen Gesuche, welche untererleichts gleich zu Beginn des Krieges an die Gemeindebehörden gerichtet worden sind, wurden abschlägig beschieden. Obwohl den Behörden bekannt sein mußte, daß für solche Zwecke die Reichsregierung sowie auch die sächsische Regierung den Gemeinden Gelder zur Verfügung stellte, konnte sich keine Gemeinde entschließen, die Erwerbslosenunterstützung einzuführen. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, daß hierzu die Gemeinden finanziell zu schwach gestellt seien und in arge Verschuldung geraten würden.

Diese Einwendung entspricht wohl den Tatsachen, da es sich aber um arme Gemeinden handelt, lag den Gemeindeverwaltungen die Pflicht ob, an Regierung und Bundesrat um Gewährung erhöhter Beihilfen heranzutreten. Der Bundesrat hat durch Veröffentlichung vom 18. Dezember 1914 ausdrücklich Beihilfen zum Zwecke der Durchführung der Erwerbslosenunterstützung in ärmeren Gemeinden, mehr als ein Drittel der aufzubringenden Kosten, zur Verfügung gestellt. Auch die sächsische Regierungsverordnung sieht ähnliche Fälle vor. Es ist somit ohne weiteres die Möglichkeit gegeben, die Notlage der erwerbslosen Musikinstrumentenarbeiter und -arbeiterinnen durch Einführung einer kommunalen Erwerbslosenunterstützung wesentlich zu mildern. Die bisher von den Gemeinden gewährten Naturalien reichen zur Umherung der Not nicht aus. Die Einführung einer geregelten Erwerbslosenunterstützung ist daher für die Gemeinden Klingenthal, Brunnöbbera, Georgenthal, Lötter- und Oberlöbbera, Brunnöbbera und Zwickau zur dringendsten Notwendigkeit geworden. H. Th.

**Die verkannte Unschuld.**

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ erhebt in ihrer Nr. 1 vom 18. Februar bittere Klage über ihr jugendliches Geschick. In einer gewissen Weise habe man ihr unterstellt, sie wolle verächtlich die Männerarbeit, wo es nur angeht, durch Heimarbeit ersetzen. Dabei ist doch das Bitterste, was für die Arbeiterin besteht, daß es nur durch

ständliche Deutung oder gar in böswilliger Absicht in so schwarzen Verdacht gebracht werden kann.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ hat fortgesetzt in ganz mißverständlicher Weise für die Ausbeutung der Frauenarbeit Propaganda gemacht. Am deutlichsten hat sie den Gedanken, daß die Industriebetriebe sich den Vorteil, der ihnen aus der Verwendung der billigen weiblichen Arbeitskraft erwächst, auch nach dem Kriege zunutze machen müßten, in ihrer Nummer 40 vom 3. Oktober 1915 vertreten. Dieser Artikel ist allgemein so verstanden worden, wie er gemeint war, und überall dort, wo man in der Bevorzugung der Frauenarbeit ihrer Billigkeit wegen eine Schädigung der Volkswirtschaft erblickt, ist man der Propaganda der „Arbeitgeber-Zeitung“ mit der gebührenden Schärfe entgegengetreten. Sätze wie die folgenden können nicht mißverstanden werden. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ schrieb:

„Wer mit einer billigen Arbeitskraft auskommen kann, dem soll man nicht zumuten, daß er aus Gründen, die immerhin höchst theoretischer Natur sind, seine Produktion verteuert. . . . Wir werden nach dem Kriege noch manchen heftigen Kampf auf dem Weltmarkt ausfechten haben, und es wird uns hierbei nichts schaden, wenn wir unsere Herstellungskosten in verständiger Weise einschränken. Das aber kann zweifellos durch eine rationelle Verwendung der Frauenarbeit sehr gut geschehen, denn für eine große Menge von Hilfs- und Nebenarbeiten würde der männliche Arbeiter einen zu hohen Preis verlangen. Die sozialistische Behauptung nämlich, daß die Frau, wenn sie für eine bestimmte Leistung nicht den gleichen Lohn bezieht wie der Mann, zu geringen Lohn erhält, wird in den allermeisten Fällen dahin umzuwenden sein, daß nicht die Frau zu wenig, sondern der Mann relativ zu viel erhält, wenn seine Arbeitskraft mit der betreffenden leichten Handhabung ausgefüllt wird.“

Rum will das Scharfmacherblatt das alles nicht wahr haben. „Nichts kann ungerechter sein“, so ruft die „Arbeitgeber-Zeitung“ aus, „als eine solche offenbar tendenziöse und agitatorische Auslegung. (Nämlich, daß sie dem Unternehmer die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte ihrer Billigkeit wegen annehmbar zu machen suche.) Wir würden die ganzen Traditionen unseres Volkes verleugnen, wollten wir in der Frauenfrage plötzlich einen so grundsätzlich veränderten Standpunkt einnehmen.“ Die „Arbeitgeber-Zeitung“ legt hier einen Wut an den Tag, um den sie jeder Verbrecher beneiden könnte, der allen Beweisen gegenüber seine Rettung in dreifachem Leugnen seiner Tat sucht. Geradezu possierlich ist es, zu beobachten, wie die „Arbeitgeber-Zeitung“ versucht, sich den Anschein zu geben, als sei sie stets für den Schutz und die Schonung der weiblichen Arbeitskraft eingetreten. Nur dort wolle sie Frauen zur Beschäftigung zulassen, wo die Verwertung ihrer Kraft ohne Nachteil für das Individuum und für die Gesamtheit geschehen kann. Ihre „Umdeutung“, wonach nicht die Frau zu wenig, sondern der Mann zuviel Lohn erhält, richtete sich nur gegen „die jungen Männer und jungen Herren, die sich bisher eine möglichst leichte Beschäftigung auszusuchen pflegten, dafür aber einen möglichst hohen Lohn verlangten, mit dem Hinweis darauf, daß schon ihre Manneswürde ihnen die Anwartschaft auf reichlichere Bezahlung verbürgt.“

Eine sehr faule Ausrede, verehrte „Arbeitgeber-Zeitung!“ Wo existieren denn diese wertwürdigen „jungen Männer und jungen Herren“? In dem in Nr. 5 der „Arbeitgeber-Zeitung“ vom 20. Januar d. J. veröffentlichten Artikel über die erhöhte Wertschätzung der Fabrikarbeit der Frau ist von solchen jungen Leuten nirgends die Rede. Dagegen werden die guten Erfahrungen geteilt, die man mit der Beschäftigung von Frauen in der Maschinenindustrie gemacht hat. Selbst körperliche schwere Arbeit ist auf Frauen übergegangen, und als Beispiel wird erwähnt, daß sogar 80 Pfund schwere Granaten von Frauen auf die Drehbank gehoben und geschraubt werden. Die Tendenz dieses Artikels geht dahin, die Teilung der Arbeitsvorgänge zu empfehlen, um die Verwendung von Frauen in der Maschinenindustrie in immer ausgedehnterem Maße zu ermöglichen. Wer aber mit einer billigeren weiblichen Arbeitskraft auskommt, dem soll man nicht zumuten, daß er seine Produktion verteuert. Das ist doch, wie aus dem oben wiedergegebenen Zitat ersichtlich, der Grundlag, den die „Arbeitgeber-Zeitung“ vertritt.

Jetzt hat sie mit einem auffälligen Ruck ihre Stellung geändert. Jetzt liegt ihr daran, wie sie sagt, „festzustellen, daß wir weit davon entfernt sind, der Frauenarbeit das Wort zu reden, weil vielleicht hier oder da einem einzelnen Unternehmer ein kleiner Vorteil erwachsen könnte. Im Gegenteil, aus schärfste müßte solche Kleinliche, das Gesamtwohl außer acht lassende Politik verurteilt werden.“

Das ist eine Auffassung, die man mit Freude begrüßen könnte, wenn sie ernst gemeint wäre. An die Aufrichtigkeit dieser neuesten Meinungsäußerung der „Arbeitgeber-Zeitung“ zu zweifeln, hat man aber um so mehr Ursache, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Organe der Haß gegen die auf diehebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter gerichteten Bestrebungen bis in die neueste Zeit hinein in den Spalten dieses Blattes gefeiert hat. Welche Vorgänge das Scharfmacherblatt veranlaßt haben, seine bisherige Stellung in der Frage der Frauenarbeit zu verleugnen und die Rolle der verkannten Unschuld zu mimen, die durch ein großes Mißverständnis in einer unbegründeten Verdacht geraten ist, ist uns nicht bekannt. Aber jedenfalls ist die Kulissengeschichte des Scharfmacherorgans aus diesem Anlaß um ein neues interessantes Blatt bereichert worden.

**Kriegsgewinn in der Holzindustrie.**

Unter dieser Überschrift haben wir in Nr. 5 der „Holzarbeiter-Zeitung“ eine Betrachtung über den Gewinn veröffentlicht, den der Möbelfabrikant Kopka in Herford an einer Schlittenerlieferung für die Feuerschutzverwaltung erzielt hat. Das Material zu diesem Artikel war einem Gerichtsbericht in der Tagespresse entnommen. Außerdem war in dem Artikel von einer Veröffentlichung des Obermeisters Rahardt in der „Nachzeitung“ Notiz genommen, nach welcher von Herforder Betriebsinhabern gegen Kopka der Vor-

wurf erhoben wird, daß er sich den Auftrag zur Lieferung von 400 Schlitten und 1200 Schlittensitzen, der für das notleidende Herforder Holzgewerbe vergeben war, widerrechtlich angeeignet habe.

Zu dieser Veröffentlichung sendet uns Herr Kopka eine längere Darstellung des Sachverhalts nebst einer Anzahl Belegstücke für seine Darstellung.

Die Behauptung, daß sich Herr Kopka den Auftrag widerrechtlich angeeignet habe, ist bereits in der „Nachzeitung“ zurückgenommen worden. Aus den uns vorgelegten, notariell beglaubigten Schriftstücken ist auch ersichtlich, daß sich Herr Kopka nur für seinen Betrieb beim Kriegsministerium um Aufträge beworben hat, und daß der Auftrag zur Lieferung von 400 Schlittengeräten zum Preise von 360 Mk. pro Stück der Firma Gustav Kopka erteilt wurde. Herr Kopka teilt uns ferner mit, daß nicht 12 000, sondern 6000 Schlittensitzen angefertigt wurden.

Die Behauptung, daß der Wagenfabrikant Scheidt sich erboten habe, fertige Schlitten für 175 Mk. zu liefern, bezeichnet Herr Kopka als falsch und durch zwei Zeugenaussagen widerlegt. Das erscheint glaubhaft, wenn man dazu hält, was Herr Kopka über die Beschläge der Schlitten mitteilt. Für jeden Schlitten waren 60 Beschläge, teils aus Schmiedeeisen, teils aus Stahlguß, notwendig, und zu ihrer Befestigung waren 142 Mutterschrauben erforderlich. Da für die Beschläge keine Zeichnung vorhanden war, mußten diese nach von Kopka gelieferten Modellen in kurzer Zeit angefertigt werden.

Von dem Preis der Schlitten sagt Herr Kopka, daß dieser von ihm nicht gefordert wurde, sondern daß er als das mittlere Kalkulationsergebnis dreier Firmen festlag. Bei den hohen Anforderungen an das Material und der kurzen Lieferfrist bedeutete das Geschäft ein großes Risiko. Von der Anfertigung des ganzen Auftrages in der eigenen Fabrik mußte Herr Kopka Abstand nehmen, da er befürchten mußte, daß in der kurzen Zeit nicht alles fertiggestellt werden konnte.

Nach dieser Darstellung geben wir gern zu, daß der Gewinn, den Herr Kopka erzielte, wesentlich niedriger war als die 56 000 Mk., die sich aus der Differenz zwischen den von der Militärbehörde gezahlten 360 Mk. und den an Scheidt bewilligten 80 Mk. für die von diesem gelieferten 200 Schlitten ergeben. Nach der gegebenen Darstellung kommt ein erheblicher Betrag für den Beschlag in Betracht. Und da Herr Kopka nicht nur die Beschläge nach eigenen Modellen anfertigen lassen mußte, sondern auch die durch ihn bewirkte Beschaffung des nötigen trockenen Holzes mit Schwierigkeiten verbunden war, ist ihm zuzugeben, daß sein Gewinn bei dem Geschäft nicht lediglich Materialgewinn war.

Herr Kopka legt Wert auf die Feststellung, daß das Kriegsministerium sich schon vor Jahresfrist über den ganzen Hergang der Angelegenheit bis ins kleinste informiert hat und zu der Überzeugung gekommen ist, daß Herr Kopka durchaus korrekt verfahren sei, und daß das Geschäft für ihn in jeder Beziehung einwandfrei gewesen ist. Auch das ist glaubhaft, und es erhält seine Bestätigung durch die Tatsache, daß Kopka in dem Strafverfahren nicht als Angeklagter verurteilt war.

Durch diese Darstellung des Sachverhalts werden einige unserer Angaben berichtigt. Insbesondere die Behauptung, daß sich Herr Kopka den Auftrag widerrechtlich angeeignet habe; auch der Gewinn, den er aus dem Geschäft erzielte, ist niedriger, als wir angenommen hatten. Wie hoch er wirklich ist, wissen wir nicht, aber wir erkennen an, daß es nicht lediglich Materialgewinn war. Ebenso dürfte sich die Uebertragung des Auftrages an Scheidt anders abgespielt haben, als wir auf Grund des uns vorliegenden Gerichtsberichtes angenommen hatten. Bei der Veröffentlichung unseres Auftrages kam es uns auch gar nicht darauf an, Herrn Kopka persönlich zu treffen, wir wollten nur zeigen, welchen Weg mitunter gut bezahlte Aufträge der Militärbehörde zurücklegen, bis sie an den Ausführenden kommen, der die Arbeit für einen geringen Preis herstellt. Wenn wir auch nach erfolgter Aufklärung die Person des Herrn Kopka ausschließen, bleibt der Fall, über den am 5. Januar vor der Strafkammer Detmold verhandelt wurde, doch recht lehrreich.

In der gleichen Angelegenheit erhalten wir noch ein Schreiben vom Verband der Möbelfabrikanten Herford, Deynhäuser und Umgegend, in welchem die tatsächlichen Angaben, die uns Herr Kopka machte, bestätigt werden. Der von uns angegebene Kriegsgewinn sei keineswegs in dem angegebenen Umfang erzielt worden. „Wenn die kurzen Lieferfristen eine Mithilfe anderer Fabrikanten nötig machten, so kann man nicht erwarten, daß der verantwortliche Unternehmer seinen Verdienst an andere überträgt. Von einem Zwischengewinn parasitärer Existenzen kann daher keine Rede sein.“ Der Umstand, daß der Verband der Möbelfabrikanten so für Herrn Kopka eintritt, kann als erneuter Beweis dafür gelten, daß die Behauptung, Herr Kopka habe sich den Auftrag widerrechtlich angeeignet, den Tatsachen nicht entspricht. Nach dem Angebot an das Kriegsministerium und der Fassung des Auftrages besteht auch ohnehin kein Zweifel, daß dieser gegen Herrn Kopka erhobene Vorwurf unberechtigt war.

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 10. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig geworden.

Nächstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 78 344 Eduard Seyboth, Drechsler, geb. 15. 9. 71 zu Hall.
- 78 350 Hans Herath, Tischler, geb. 28. 12. 72 zu Banreuth.
- 179 870 Ludwig Raum, Mod.-Dahl, geb. 30. 7. 87 zu Nürnberg.
- 432 841 Oskar Heier, Tischler, geb. 1. 1. 90 zu Wädern.
- 689 740 Ernst Heim, Korbmacher, geb. 15. 6. 96 zu Schermad.

Berlin EC. 10, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Berlin. (Bürstenmacher.) Unsere Branchenversammlung am 23. Februar beschloß sich eingehend mit dem Thema: "Die Lehren unserer letzten Branchenkongresse."

Gaggenau i. B. In unserer letzten Versammlung erstattete Kollege Ball den Bericht vom vierten Quartal. Rassenbestand und Mitgliederstand sind günstig; insbesondere war die Zahl der Aufnahmen recht erfreulich.

Leipzig. Die Stellmacher hielten am 11. Februar ihre Jahresversammlung ab. Da sämtliche Mitglieder der Sektionsleitung zum Heeresdienst eingezogen sind, so gab der stellvertretende Bevollmächtigte unserer Zahlstelle einen kurzen Ueberblick über das vergangene Jahr.

Für die Neutralität.

Wenn ich in meinem Artikel vom 12. Februar besonders hart betonte, daß es höchste Zeit sei, in den Gewerkschaften und besonders in der Holzarbeiter-Zeitung strengere politische Neutralität zu üben, so war diese Mahnung durchaus nicht so überflüssig, wie es jetzt hinzustellen beliebt wird.

Die Grenzlinien der politischen Neutralität sind vor unserer Verhandlungsperiode vorgezeichnet. Der Kollege Kanfer aber überschreitet sie seit Ausbruch des Krieges ungeniert.

unserer altbewährten politischen Neutralität, jener Neutralität, die auf unseren Verhandlungen gebilligt und gutgeheißen wurde, die vollkommen übereinstimmt mit meinen Worten auf dem Berliner Verbandstag, die Kanfer sonderbarer Weise gegen mich auszuspielen meint, um den scheinbaren Nachweis zu führen, daß ich sehr leicht umgelenkt habe.

Als Kanfer auf dem Münchener Verbandstag 1910 als Redakteur seine Einführungsrede hielt, kam er natürlich auch auf den Aufgabentext der ihm anvertrauten Holzarbeiter-Zeitung zu sprechen, den er kurz in dem Satz zusammenfaßte, daß die Holzarbeiter-Zeitung konsequent das Ziel verfolge, die Mitglieder des Verbandes zu bewußten Klassenkämpfern zu erziehen.

"Ich bin der Meinung, daß es nicht zweckmäßig ist, aus gelegentlichen Redewendungen in Organen der Partei Kapital zu schlagen und auf die andere Seite loszuhausen; ich bin vielmehr der Ansicht, wenn es wirklich notwendig ist, zu derartigen Fragen Stellung zu nehmen, es viel zweckmäßiger ist, wenn man diese mitunter ja nicht zu vermeidende Diskussion in solchen Formen führt, wie sie unter Freunden üblich sein soll."

Will Kollege Kanfer behaupten, in seiner jetzigen Stellungnahme zum Parteistreit nach diesen seinen eigenen Worten verfahren zu sein? Keiner von uns wird dagegen etwas sagen können, wenn er die Disziplinwidrigkeiten in der Partei kritisiert und die Folgen für die Arbeiterorganisationen hervorhebt.

"Es kommt bei dieser meiner Stellungnahme auch noch in Betracht, daß für einen ziemlich erheblichen Teil unserer Mitglieder die Holzarbeiter-Zeitung das einzige Arbeiterorgan ist, das sie zu lesen bekommen; deshalb ist in derartigen Streitigkeiten eine vorsichtige Behandlung doppelt notwendig, um in diesen Kreisen keine Verwirrung anzurichten."

Gerade aus dem Grunde, weil ich diese Worte voll anerkenne, trat ich auf dem Berliner Verbandstag an seine Seite, als er sehr lebhaft, aber ohne Berechtigung angegriffen wurde. Er hatte nämlich den Disziplinbruch der Budgetbewilliger so sachlich und zurückhaltend kritisiert, daß eine Überschreitung der Grenzen der Neutralität nicht in Frage kommen konnte.

"Dieser Meinung bin ich auch heute (gemeint ist die Meinung, die ich soeben zitierte), nämlich, daß die Gewerkschaftszeitungen, und speziell die Holzarbeiter-Zeitung, es vermeiden müssen, sich in innere Parteistreitigkeiten einzumischen."

Daran knüpfe ich nun wieder die Frage: Hat Kanfer sich nach Ausbruch des Krieges nach diesen seinen Worten gerichtet? Nein, leider nicht. Hätte er es getan, wäre es wohl nicht nötig gewesen, offen gegen seine Haltung Verwahrung einzulegen. Nun habe ich aber auch darauf hingewiesen, wie unklug es wäre, wenn sich Redaktion und Vorstand auf eine bestimmte politische Richtung festlegen wollten.

Viele Krisen hat die Partei durchgemacht, aber nie waren die früheren Differenzen in der Partei von so tiefen Wirkungen wie heute. Bei keiner dieser Differenzen seit 1875 hat man jemals mit der Gefahr einer Parteispaltung ernstlich gerechnet. Diese Gefahr ist jetzt da. Sie wird von

Hänisch, Kolb und Genossen wie von Liebknecht, Mühe und Genossen und auch von einzelnen Gewerkschaftern als möglich erklärt; so von Umbreit in den Sozialistischen Monatsheften, so von all denjenigen, die wie Roth, Müntz und selbst von Mitgliedern der Generalkommission, die die Politik des 4. August 1914 als die Politik der Gewerkschaften bezeichnen.

So einleuchtend im ersten Augenblick der Gedanke ist, daß die Gewerkschaften im Interesse des Ansehens der Disziplin für die Politik der Mehrheit der Reichstagsfraktion eintreten, so gefährlich sind die Auswirkungen der Gewerkschaften, daß sie an dieser Politik festhalten wollen, auch wenn die heutige Minderheit zur Mehrheit werden würde. Wäre es wahr, daß nur die Frage der Disziplin für die Gewerkschaften das Entscheidende wäre, dann könnte natürlich nicht der Inhalt der Beschlüsse, sondern bloß die Tatsache des Beschlusses maßgebend sein.

Die Anschauungen in der Partei werden immer im Arztege andere sein als im Frieden. Lassen wir doch die Kämpfe dort ausfechten, wo der Platz dafür ist, und bleiben wir eine geschlossene Einheit im Kampfe gegen das Unternehmertum im Holzarbeiter-Verband.

Niemals war die Gefahr des Hinübergreifens politischer Differenzen auf das feste Gefüge unseres Verbandes größer als heute. Deshalb haben wir auch schärfer denn je zu wachen über die volle und ehrlche Neutralität des Holzarbeiter-Verbandes gegenüber den Kämpfen in der Partei.

Ernst Schneppenhorst.

Kollege Schneppenhorst rennt mit seinem erneuten Plädoyer für die Neutralität der Gewerkschaften offene Türen ein. Eine sachliche Notwendigkeit zur Fortführung dieser Diskussion lag nicht vor; aber Schneppenhorst hat das persönliche Bedürfnis, den Eindruck zu verwischen, den die Erinnerung an seine frühere Stellungnahme in dieser Frage hervorgerufen hat. Es ist ihm unangenehm, daß ich zitiert habe, was er auf dem Verbandstag in Berlin gesagt hat, nämlich: "Auch die Gewerkschaftspresse hat das Recht, selbst bei Parteiangelegenheiten auf die Nachteile hinzuweisen, wenn Beschlüsse in der Arbeiterbewegung unangenehm werden."

Schneppenhorst ist so liebenswürdig, mir erneut das Recht zuzugestehen, Disziplinwidrigkeiten in der Partei zu kritisieren, nur soll ich um Gotteswillen den Disziplinbrechern nicht wehe tun. Möglich, daß man in Nürnberg das Rezept kennt, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen, aber sonderbar ist es doch, daß das Verlangen nach Rücksichtnahme auf die zarten Nerven gerade aus Bayern kommt. Dort ist man es doch sonst gewohnt, die Dinge mit dem rechten Namen zu nennen.

Daß ich irgend jemand persönlich verunglimpft hätte, weil er meine politische Anschauung nicht teilt, ist eine ganz beweislose Behauptung, die dadurch nicht richtiger wird, daß Schneppenhorst sie mit besonderem Nachdruck betont. So lange es sich nur um sachliche Meinungsverschiedenheiten handelt, steht die Einigkeit der Arbeiterbewegung nicht in Gefahr; wohl aber dann, wenn sie zum Disziplinbruch ausarten. Mit der Beurteilung des Disziplinbruches wird alsdann zwar die Perion getroffen, die ihn verübt hat, aber noch lange nicht seine politische Anschauung.

Kollege Schneppenhorst besitzt die beneidenswerte Fähigkeit, mit ernster Miene die tollsten Widersprüche als logische Selbstverständlichkeiten darzustellen. Es lohnt sich wirklich, seinen Zergängen ein wenig nachzugehen. Schneppenhorst tritt entschieden für die Neutralität der Gewerkschaften ein und verurteilt es auf das Schärfste, daß die Holzarbeiter-Zeitung diese Neutralität verlegt, indem sie Disziplinbrüche, die in der Partei vorgekommen sind, verurteilt. Der Einwand, daß er selbst das Recht der Holzarbeiter-Zeitung, Disziplinbrüche in der Partei zu kritisieren, ausdrücklich anerkannt habe, bringt unfern Freund Schneppenhorst nicht in Verlegenheit. Nur dreist muß man sein, sagt er sich, und dann legt er los:

"Natürlich bin ich für die altbewährte politische Neutralität, wie ich sie auf dem Berliner Verbandstag vertreten habe, also hat die Holzarbeiter-Zeitung das Recht, Disziplinbrüche in der Partei zu kritisieren. Aber sie darf den Disziplinbrechern ihre Sünden nicht vorhalten, denn damit legt sie sich einseitig auf eine bestimmte politische Richtung fest, was ich immer getadelt habe, denn ich bin für die altbewährte politische Neutralität."

Von diesen Sätzen ist zwar der nächste immer das Gegenteil des vorhergehenden, aber wenn man sie mit ernster Miene als logische Gedankengänge vorträgt und an geeigneter Stelle noch versichert, daß der Verbandsvorstand im großen und ganzen mit ihnen übereinstimme, dann ist es doch wohl möglich, daß es der oberflächliche Leser für bare Münze nimmt. In Wirklichkeit ist es aber gar nicht so schwer, die verbindende Linie für Schneppenhorsts wechselnde Grundansätze zu finden: Demers, als Schneppenhorst mein Recht zur Kritik verteidigte, handelte es sich um die hadischen Pubgerbewilliger, um die "Revisionisten", die auch nach der Auffassung Schneppenhorsts

falsch gehandelt hatten. Heute neigt aber Schneppenhorst eigene politische Meinung anscheinend mehr nach der Seite der Disziplinbrecher.

Das macht es auch erklärlich, daß Schneppenhorst es so energisch tadelt, daß sich die Holzarbeiter-Zeitung auf eine bestimmte politische Richtung festgelegt habe. Er wundert sich, daß der Verbandsvorstand sein Wort vom „vorschnellen Sichfestlegen wollen in einer unsicheren Gegenwart“ zurückgewiesen hat.

Die durch die vorgekommenen Disziplinbrüche in greifbarer Nähe gerückte Gefahr einer Spaltung der Partei gefährdet auf das schwerste die Einigkeit der Gewerkschaften. Darauf mußte die Holzarbeiter-Zeitung hinweisen, ehe der Schaden eingetreten ist.

Gewerkschaftliches.

Der Bildhauerverband hatte vor dem Kriegsausbruch, am Schluß des zweiten Quartals 1914, 3741 Mitglieder in 91 Verwaltungsstellen. Von diesen sind bisher 1922 zum Heeresdienst eingezogen, von denen 77 wieder entlassen wurden.

Der Fleischerverband hielt am 16. und 17. Februar in Berlin eine Gauleiterkonferenz ab, in welcher die Lage des Verbandes erörtert wurde. Der Verband hat im verfloffenen Jahre eine lebhafte Agitation betrieben, der es zu danken ist, daß 3822 neue Mitglieder gewonnen wurden.

an 18 Orten 84 Lohnbewegungen, darunter zwei Angriff- und ein Abwehrstreik, geführt, an denen 2874 männliche und 2170 weibliche Beschäftigte beteiligt waren. Alle Bewegungen verliefen erfolgreich. Der Verband zählte am Jahreschluß 51 Zahlstellen und 2610 Mitglieder.

Der Verband der Lithographen zählte am 1. Januar noch 6471 Mitglieder. Am 1. Juli 1914 waren es 10794, von denen 8831 oder 52,6 Prozent zum Heeresdienst eingezogen wurden.

Die Tabakarbeiter und die geplante Tabaksteuer. Dem Reichstag werden bei seinem demnächstigen Zusammentreten neue Steuervorlagen unterbreitet werden. Ueber den Inhalt dieser Vorlagen ist offiziell nichts veröffentlicht worden.

In dieser Kundgebung wird darauf hingewiesen, daß sich die Zigarrenindustrie von der im Jahre 1909 beschlossenen Wertsteuer noch nicht erholt hat. Eine neue Belastung wird zahlreiche kleine und mittlere Existenzen vernichten, vor allem aber werden die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie in schwere Bedrängnis geraten.

stehen dann, wenn die beim Heere befindlichen Berufsangehörigen entlassen werden, ohnehin schlimme Zeiten bevor. Zumal viele tausende Arbeiterinnen, vor allem aus der Webwarenindustrie, neu angelernt worden sind.

Die Tabakarbeiter protestieren deshalb gegen jede neue Belastung des Tabaks. Zum mindesten erwarten sie, daß eine Form gewählt wird, durch welche die Industrie und die Arbeiterklasse am wenigsten geschädigt wird.

Ein Jubiläum im Schneiderverband. Die „Fachzeitung für Schneider“ erinnert daran, daß am 17. Februar 25 Jahre vergangen waren seit der Gründung der Organisation der Wäschearbeiter. Am 17. Februar 1891 erfolgte in Berlin die Gründung des „Vereins zur Wahrung geistlicher und materieller Interessen aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravattenbranche“.

Literarisches.

Die nachbenannten Werte können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Even Hedén, „Nach Osten!“ 182 Seiten, 27 Abbildungen (25 Photographien, zwei Zeichnungen). Feldpostausgabe 1 Mk., Leipzig, F. A. Brockhaus.

Der berühmte schwedische Forscher hat im vorigen Jahre mehrere Monate lang die Ostfront bereist, die deutschen, österreichischen und ungarischen Armeen von Memel bis Czernowiz kennen gelernt, ihr Leben und ihr Kömpfen studiert, mit ihren Heerführern als Freund verkehrt, die Schaulplätze aller großen Kriegsergebnisse besucht, den Zerstückungsweg der moskowitzischen Soldateska mit Entsetzen verfolgt und zuletzt den Siegeszug der verbündeten Armeen bis in das Herz Rußlands hinein mitgemacht.

Gestorbene Mitglieder.

- Kunigunde Meier, Heilfürstarbeiterin, 58 Jahre, gest. in Nürnberg.
Walter Orth, Stuhlbauer, 20 Jahre, gest. in Chemnitz.
Jean Fieury, Maschinenarb., 66 Jahre, gest. in Stuttgart.

2 Tischler auf Eichenmöbel sucht für sofort auf dauernde Beschäftigung. Aug. Brodmann, Möbelschleierei, Lengering i. Westf.

Tüchtige Stuhlbaner für bessere Arbeit gesucht. Waldeckische Stuhlfabrik, Rengeringshausen (Waldeck).

Tischler, Polierer,

mehrere tüchtige, für dauernde Beschäftigung gesucht. Grotzian, Steinweg Nachf., Holzpianofortefabrik, Braunschweig.

Tüchtige Polierer und Möbeltischler stellt ein für dauernd Rastenburgs Möbelfabrik, Rastenburg (Ostpreußen).

Horizontalgatterfäger Furnierfäger

finden dauernde, gut lohnende Beschäftigung. Wilhelm Ranig, Säge- und Messerwerke, Eijenberg (S.-A.).

Tüchtige Modelltischler

werden für dauernde Beschäftigung gesucht. Maschinenfabrik Paul Heinrich Podens, Bismarck i. Mecklenburg.

Tüchtiger Schneidemüller

Der vollkommen vertraut mit höfmannischen Rollgattern ist, sofort gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsforderung an Cremer & Groffe, Dresden-N. 23.

Tüchtiger Hobelmeister gesucht

auf vierseitige Holzhoebelmaschinen, System Pöschel und Geiser, im Schleifen und Gelbhanfertigen von Profilmessern bewandert. Dauernde Stelle bei hohem Lohn. J. Kälin-Kaiser, Hobel- und Spaltwerk, Winterthur (Schweiz).

Otto Koch, Schuhmacher, wird dringend gesucht. Lohn höher als bisher. F. Köhler, Korn (Bez. Magdeburg).

Carl. Die Sandage befindet sich in der Remisehofsberg, Gosenstraße, bei Heide. Bekleidet wird die Bekleidungsabteilung ausgegibt.

Wichtige Tischler auf Büfette und Schreibstühle, bei vorzüglichem Verdiensten und Zeugnisgutschrift, sowie einen gelehrten Tischler für die Maschinenarbeit, Furnieren und Zuschneiden behilflich, sofort gesucht.

Rich. Friedrich Nachf., Lössen (An. Greifswald).

Bis 10 Tischler auf eichenfurnierte Schreien immer für dauernd gesucht. (Nach Carl) Jobsthele Steinheim (Wein), 3 bis 4 Stunden von Detmold an Harmonium entfernt. Auskunft bei H. Gammels, Schiederstr. 151.

Zur Erreichung einer Holzwerkstoff an Wasserkraft in Nordhessen wird ein

Sachmann

Holzeinkauf firm ist selbst mitarbeitet und sich evtl. mit etwas Kapital beteiligt. Offerten unter N. N. 351 an Rudolf Koffe, Nürnberg.

Tischlerer im zerstückten Gebiet in Ostpreußen ist wegen andauernder Krankheit des Inhabers preiswert zu verkaufen. Bewerbungen unter D. C. 425 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Korbmacher!

Gesellen auf Pöddig, gekreuzte und geschlagene Arbeit stellt sofort ein auf dauernde Beschäftigung. Neu erbaute moderne Werkstätten.

G. Frickmeier, Kopenhagen, Teglgardsstraede 4-8 (Dänemark).

Einen Korbmacher auf grün geschlagene Arbeit stellt ein S. Jährling, Ziefar (Bez. Magdeburg).

Korbmachergesellen

erhalten auf Grün und Geschloßkörbe dauernde Beschäftigung bei A. Gröbel, Stettin, Gr. Poststr. 72.

Korbmöbel-Arbeiter

für feine Bestellarbeit finden gute Stellung bei G. Mayer, Stuttgart, Schulstr. 2.

Korbmacher

auf Großgeschlagene bei dauernder Arbeit sucht W. Reuzel, Berlin N., Schönhauser Allee 74.

Einen tüchtigen Korbmacher auf Mattarbeit stellt noch ein. Lohn Braunschweiger Tarif. Fritz Kamrath, Korbmachermesser, Osterburg i. Altmark.

Korbmacher

auf Grün, Gemalt und Geschlagen, 25 Proz. Tarifzuschlag. Berliner Körbe 94 Wf. Lohn, Holz gut zugerichtet, stellen jederzeit ein. Gebr. Wetter, Köhschenbroda bei Dresden.

2 tüchtige Bürstenmacher für sofort gesucht. U. C. Steinbach, Cassel, Hohentorstraße.

Ein Hornrösler nach dem Rheinland gesucht. Dauernde Stellung. Zentralarbeitsnachweis für die Stadt, Ramm- und Schirmindustrie, Berlin SO. 16, Ringelstraße 30.

Erinnerungen aus meinen Kindheits- und Mädchenjahren, aus der Agitation und andres. Von Adelheid Rapp. Geb. 1 Mk. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Eingelegte Furniere für Nähtische, Schatullen, Pfüllungen. Musterbogen gratis. 30 Piennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs-schreiben. E. Biller, Marquetter, Heidelberg Theater-Strasse 7.

Sechzehn Jahre in Sibirien von L. S. Deutsch 9. Tausend. Gebunden 3,50 Mk. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Werkzeug-Neuheiten

jeder Art. Jeder verlange sof. gratis u. fr. Preislisten von Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Oppelner Strasse 31

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Table with columns: Ort, Beruf (Tischler, Möbelschleier, etc.), and columns A, B, C representing different categories. Includes a summary row at the bottom.